

## Schematischer Standardablauf für die Gesuchstellung von kantonalen Organen gemäss Beschluss des Regierungsrats vom 21. Juni 2016

1. Eine Dienststelle (gesuchstellendes Organ) erarbeitet das Gesuch und bezieht die Fachstelle Videoüberwachung bei der Zuger Polizei (FaVü) sowie die Datenschutzstelle (DATS) zur Beratung und Unterstützung mit ein. Einreichen des Gesuchs an die FaVü.
2. Die Zuger Polizei beurteilt das Gesuch aus fachlich-betrieblicher (FaVü) und rechtlicher Sicht (Rechtsdienst) und stellt die Beurteilungen auch der DATS zur Kenntnis zu, die ihre Stellungnahme dazu abgeben kann. Das vollständige und vorgeprüfte Gesuch geht zusammen mit den Stellungnahmen an das Direktionssekretariat der Direktion, die dem gesuchstellenden Organ vorsteht, an den Regierungsrat stellen.
3. Die Direktion prüft das Geschäft und reicht den beschlussfähigen Antrag bei der Regierung mit Kopie an die Datenschutzstelle ein.
4. Der Regierungsrat beurteilt den Antrag, bestimmt die Zuständigkeiten (Organ und berechnigte Stellen) und erlässt die Bewilligung evtl. unter Auflagen und mit Rechtsmittelbelehrung.
5. Das zuständige Organ übermittle die Bewilligungsentscheidung mit den entsprechenden Beilagen an den Empfängerkreis.
6. Die Staatskanzlei publiziert die Bewilligung im Amtsblatt. Nach Ablauf der Beschwerdefrist wird der Bewilligungsentscheidung rechtskräftig.
7. Die Datenschutzstelle veröffentlicht die Bewilligung mit den Angaben zu den Aufnahmebereichen, sobald der Bewilligung Rechtskraft erwächst.

